

Effiziente Verwaltung und kommunale Pflichtaufgaben

Die aktuelle Lage

Viele Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg haben auf dem Weg zu einer effizienten Verwaltung noch große Anstrengungen zu unternehmen. Noch gibt es zu viele freiwillige kommunale Leistungen, die finanzielle Mittel und Personal dauerhaft binden. Die kommunalen Möglichkeiten, Aufgaben auf Private zu übertragen, werden vielerorts nicht ausreichend untersucht und genutzt. Dies können z.B. Pflegedienste von Straßen und Grünanlagen, Vervielfältigungen, Hausmeistertätigkeiten, kommunale Bestattungen sein. Manche Städte und Gemeinden erkennen noch nicht, dass kommunale Aufgaben mit dem Ziel einer effizienten Verwaltung auch durch Private oft besser wahrgenommen werden können.

Libérale Grundsätze

Ein Ziel der FDP zur schlanken Verwaltung ist die Reduzierung von Aufgaben auf unabdingbare Kernaufgaben, die aufgrund ihres hoheitlichen Charakters nicht auf Private übertragen werden können. Die FDP ist der Überzeugung, dass z.B. Gärtnereien, Bestattungsunternehmen, Vermessungsämter oder Kantinen nicht von den Kommunen betrieben werden müssen. Ob freiwillige kommunale Leistungen ihren angedachten Zweck noch erfüllen, ob sie zeitgemäß sind und ob das Verhältnis von Personal- und Kostenaufwand noch im angemessenen Nutzwert steht, muss regelmäßig überprüft werden. Die Einführung neuer freiwilliger Leistungen sollten mit einem Fristablauf versehen werden. Eine große Vielzahl freiwilliger kommunaler Leistungen liegt in der Unterstützung der Tätigkeit von Institutionen, Vereinigungen und freien Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sowie in der Sozial- und Gesundheitspolitik, im kulturellen Bereich und in der Umweltpolitik. Hier ist sicherlich auch eine regelmäßige Überprüfung der freiwilligen Leistungen geboten, allerdings sollte beachtet werden, dass viele Beziehungen zum Ehrenamt bestehen und solche freiwilligen Leistungen bereits im Grenzbereich zur Pflichtaufgabe sind. Die FDP fordert, alle kommunalen Leistungsbereiche dahingehend zu untersuchen, ob sie auf Private übertragen werden können. Kommunale Privatisierungsbeiräte oder Strukturkommissionen können zielführende Weichen auf dem Weg zu schlanken Verwaltungen sein.

Zur Situation in Waiblingen

Obwohl die Bevölkerungszahl seit Jahren mehr oder wenig unverändert ist, steigt die Zahl der Mitarbeiter in der Verwaltung stetig. Selbst die Verlagerung der Schwimmbadaktivitäten an die Stadtwerke hat sich dabei nicht positiv ausgewirkt. Ganz im Gegenteil, von 2007 auf 2009

ist der Personalbestand erneut um knapp 9 Prozent angewachsen. Ein deutliches Bemühen, sich mit dem Anwachsen des Personalbestands und den damit verbundenen Konsequenzen für den Verwaltungshaushalt auseinander zu setzen, ist nicht zu erkennen.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Die FDP Waiblingen fordert, dass der Verweis auf Städte mit noch höheren Personalausstattungen bei vergleichbarem Profil aufhören muss. Die Benchmark für Waiblingen müssen vielmehr jene Kommunen sein, die es geschafft haben, mit weniger Mitarbeitern eine effiziente Verwaltung zu organisieren. Um das Ziel einer schlanken Verwaltung zu erreichen, ist ein Aktionsplan mit klaren Zielsetzungen zur Personaleffizienz und Erschließung von Rationalisierungspotentialen sowie kritischer Prüfung, wo eine Auslagerung von Aufgaben an günstigere private Unternehmen möglich ist, aufzulegen. Den im jährlichen Revisionsbericht aufgezeigten Potentialen für eine schlankere Verwaltung und Möglichkeiten zur Kostensenkung muss größere Beachtung geschenkt werden.